

Volkswirtschaftliche Schriften

Heft 262

Die wirtschaftliche Bedeutung
der Bereichsausnahme für die
Landwirtschaft im GWB

Von

Dr. Dietrich Wendler



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

DIETRICH WENDLER

**Die wirtschaftliche Bedeutung der Bereichsausnahme
für die Landwirtschaft im GWB**

Volkswirtschaftliche Schriften

Herausgegeben von Prof. Dr. J. Broermann, Berlin

Heft 262

Die wirtschaftliche Bedeutung der Bereichsausnahme für die Landwirtschaft im GWB

Von

Dr. Dietrich Wendler



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Wendler, Dietrich

Die wirtschaftliche Bedeutung der Bereichs-
ausnahme für die Landwirtschaft im GWB. —

1. Aufl. — Berlin: Duncker und Humblot, 1977.

(Volkswirtschaftliche Schriften; H 262)

ISBN 3-428-03878-9

Alle Rechte vorbehalten

© 1977 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1977 bei Buchdruckerei A. Sayffaerth - E. L. Krohn, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3 428 03878 9

Meiner Frau gewidmet

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde als Dissertation vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Justus Liebig-Universität Gießen im Wintersemester 1975/76 angenommen. Das Manuskript ist im Frühjahr 1974 abgeschlossen worden; spätere Publikationen und Daten konnten bis auf einige ergänzende Tabellen in Anhang 6 nicht mehr berücksichtigt werden.

Ich danke allen, die mir durch Hinweise und Diskussionen bei der Anfertigung der Arbeit geholfen haben. Besonderen Dank schulde ich Herrn Professor Dr. Armin Gutowski für die Anregung zu der vorliegenden Untersuchung, für hilfreiche Kritik und für die Durchsicht des Manuskriptes. Zu danken habe ich auch Herrn Professor Dr. Gerd Aberle und Herrn Professor Dr. Jürgen Kromphardt, welche die Dissertation wohlwollend begutachtet haben.

Die Veröffentlichung der vorliegenden Arbeit als Heft in den Volkswirtschaftlichen Schriften wurde durch einen großzügigen Druckkostenzuschuß der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main ermöglicht. Dafür möchte ich ihrem Präsidenten, Herrn Fritz Dietz, meinen herzlichen Dank aussprechen.

Gießen, im Herbst 1976

Dietrich Wendler

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel

Einführung

1. Die Problemstellung der Arbeit	17
2. Abgrenzung des untersuchten Wirtschaftssektors	20
3. Gang der Abhandlung	23

2. Kapitel

Die Entwicklung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen unter besonderer Berücksichtigung der Bereichsausnahme für die Landwirtschaft

1. Das Kartellrecht der westlichen Alliierten im besetzten Gebiet der heutigen BRD	26
2. Die deutschen Vorarbeiten für ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	28
3. Der Regierungsentwurf und die parlamentarische Behandlung	32
4. Die Erste Kartellgesetznovelle von 1965	40
5. Die Zweite Kartellgesetznovelle von 1973	43

3. Kapitel

Der Inhalt der Bereichsausnahme für die Landwirtschaft

1. Die Freistellung vom allgemeinen Kartellverbot durch § 100 Absatz 1	47
a) Der sachliche Geltungsbereich	47
b) Der persönliche Geltungsbereich	48
c) Die in § 100 Absatz 1 GWB enthaltenen Einschränkungen der Kartellierungsfreiheit	49
c1) Das Verbot der Preisbindung	49
c2) Die Meldepflicht	51
c3) Das Verbot des Wettbewerbsausschlusses	51
2. Die Ausnahme für vertikale Vertragsbindungen betreffend Sortierung, Kennzeichnung und Verpackung (§ 100 Absatz 2)	52
3. Die Erlaubnis der vertikalen Preisbindung für Saatgut (§ 100 Absatz 3)	54

4. Die Ausnahme für vertikale Vertragsbindungen des § 18 GWB durch § 100 Absatz 4	55
5. Die Freistellung von Wettbewerbsbeschränkungen der Marktordnungsvorschriften durch § 100 Absatz 8	56
6. Allgemeine Beschränkungen der Bereichsausnahme für die Landwirtschaft	57
a) Die Mißbrauchsaufsicht der Kartellbehörde nach § 104 GWB	57
b) Kündigungsschutz, Erlaubnispflicht für Sicherheitsverwertung und Formvorschriften	61
c) Die Anwendbarkeit von nicht außer Kraft gesetzten Vorschriften des GWB	62

4. Kapitel

Möglichkeiten zu Wettbewerbsbeschränkungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf Grund von Vorschriften außerhalb des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

1. Das deutsche Marktstrukturgesetz	64
2. Wettbewerbsrechtliche Bestimmungen des EWG-Rechts für landwirtschaftliche Erzeugnisse	68

5. Kapitel

Die wirtschaftliche Bedeutung des durch die Bereichsausnahme direkt betroffenen Wirtschaftssektors

1. Abgrenzung des direkt betroffenen Wirtschaftssektors	75
2. Methodische Vorbemerkungen zur Messung der Bedeutung der Wirtschaftssektoren	80
a) Der Kapitaleinsatz der Sektoren	80
<i>Anhang zu 2a:</i>	
Berechnung von Bruttoproduktionswerten und Vorleistungen nach dem Konzept der Input-Output-Tabellen für die Jahre 1968 bis 1971	85
b) Der Arbeitseinsatz der Sektoren	92
c) Der Output der Sektoren	95
3. Die Bedeutung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland	97
a) Der Kapitaleinsatz in der Landwirtschaft	97
b) Der Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	109
c) Der Output der Landwirtschaft	113
4. Die Bedeutung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen ...	117
a) Der Kapitaleinsatz im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen	117
b) Der Arbeitseinsatz im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen	122
c) Der Output des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen ...	128

5. Die Bedeutung des produzierenden Ernährungsgewerbes	129
a) Der Kapitaleinsatz im produzierenden Ernährungsgewerbe	130
b) Der Arbeitseinsatz im produzierenden Ernährungsgewerbe	134
c) Der Output des produzierenden Ernährungsgewerbes	138
6. Zusammenfassung: Die wirtschaftliche Bedeutung des gesamten von der Bereichsausnahme direkt betroffenen Wirtschaftssektors	140

6. Kapitel

Die Anwendung der Bereichsausnahme in der Praxis

1. Formen und Bedeutung der Zusammenarbeit bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen	148
a) Definition des Begriffs Zusammenarbeit und Abgrenzung des unter- suchten Bereiches	148
b) Die Zusammenarbeit bei der Milcherzeugung und -vermarktung ..	152
c) Die Zusammenarbeit bei der Haltung und Vermarktung von Schweinen	160
d) Die Zusammenarbeit bei der Erzeugung und beim Absatz von Rind- fleisch	167
e) Die Zusammenarbeit bei Getreide	170
f) Die Zusammenarbeit bei Eierzeugung und -absatz	175
g) Die Zusammenarbeit bei Erzeugung und Absatz von Obst und Gemüse	180
h) Die Zusammenarbeit bei der Kartoffelerzeugung und beim Kartof- felabsatz	186
i) Zusammenfassung der Bedeutung der Zusammenarbeit bei land- wirtschaftlichen Erzeugnissen	192
2. Wettbewerbsrechtliche Beurteilung der Zusammenarbeit bei landwirt- schaftlichen Erzeugnissen	194
a) Die theoretische Anwendbarkeit der Paragraphen 1 und 18 GWB auf Verträge und Beschlüsse bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen	195
b) Die Zulässigkeit von kollektiven Formen der Zusammenarbeit bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach § 1 GWB	197
b1) Erzeugerringe und Anbaugemeinschaften	197
b2) Kollektive Lieferbindungen der Genossenschaften	199
b3) Maschinenringe und Maschinengemeinschaften	205
c) Die Zulässigkeit von Ausschließlichkeitsverträgen bei landwirt- schaftlichen Erzeugnissen nach § 18 GWB	207
c1) Die allgemeinen Voraussetzungen des § 18 GWB	207
c2) Die Eingriffsvoraussetzungen in Verträge nach § 18 GWB ...	210
c21) Die unbillige Einschränkung einer wettbewerbsberheb- lichen Anzahl von Unternehmungen	211
c22) Die unbillige Beschränkung des Zugangs zu einem Markt für andere Unternehmungen	214
c23) Die wesentliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs	218
3. Ergebnis: Umfang und Bedeutung der durch § 100 GWB sanktionier- ten Zusammenarbeit bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen	223

*7. Kapitel***Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Folgerungen
für eine Novellierung der Bereichsausnahme für die Landwirtschaft**

<i>Anhang 1:</i> Die Bereichsausnahme für die Land- und Forstwirtschaft im Regierungsentwurf vom 22. Februar 1952	236
<i>Anhang 2:</i> Liste der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach § 100 Absatz 5 Nummer 2	238
<i>Anhang 3:</i> Berechnung des Umsatzes des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen	240
<i>Anhang 4:</i> Berechnung der Erwerbstätigen im Großhandel mit inländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen	244
<i>Anhang 5:</i> Berechnung der Erwerbstätigen im Einzelhandel mit inländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen	245
<i>Anhang 6:</i> Ergänzende Tabellen zur Bedeutung der Zusammenarbeit bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen	246
Literaturverzeichnis	249

Abbildungsverzeichnis

- 1: Der Kapitaleinsatz in der gesamten Volkswirtschaft und in den von der Bereichsausnahme direkt betroffenen Sektoren zu jeweiligen Preisen 141
- 2: Der Anteil des von der Bereichsausnahme direkt betroffenen Sektors am Kapitaleinsatz der gesamten Volkswirtschaft 142
- 3: Der Einsatz von Arbeit in der gesamten Volkswirtschaft und in den von der Bereichsausnahme direkt betroffenen Sektoren 143
- 4: Der Anteil des von der Bereichsausnahme direkt betroffenen Sektors am Arbeitseinsatz der gesamten Volkswirtschaft 144
- 5: Der Output in der gesamten Volkswirtschaft und in den von der Bereichsausnahme direkt betroffenen Sektoren 145
- 6: Der Anteil des von der Bereichsausnahme direkt betroffenen Sektors am Output der gesamten Volkswirtschaft 146

Tabellenverzeichnis

1: Umsätze des Groß- und Einzelhandels und der Handelsvermittlung und Anteile der Umsätze mit inländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen	78
2: Vergleich der Bruttoproduktionswerte, Vorleistungen und der Beiträge des Handels zum Bruttoinlandsprodukt nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Input-Output-Tabellen 1960 bis 1967	86
3: Errechnung der Vorleistungen und der Bruttoproduktionswerte für den Handel nach dem Konzept der Input-Output-Tabellen für die Jahre 1968 bis 1971	89
4: Vergleich der umgerechneten Bruttoproduktionswerte und Vorleistungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Input-Output-Tabellen für die gesamte Volkswirtschaft	90
5: Errechnung der Vorleistungen und der Bruttoproduktionswerte der gesamten Volkswirtschaft nach dem Konzept der Input-Output-Tabellen für die Jahre 1968 bis 1971	91
6: Bruttoanlagevermögen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei in Preisen von 1962	99
7: Nettoanlagevermögen der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei zu Preisen von 1962 und zu Wiederbeschaffungspreisen	101
8: Abschreibungen des Anlagevermögens der Landwirtschaft in jeweiligen Preisen und in Preisen von 1962	103
9: Nutzung von Boden durch die Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland	105
10: Einsatz von Vorleistungen in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	106
11: Sektorale Aufteilung des Einsatzes von Vorleistungen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	107
12: Kapitaleinsatz in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei in jeweiligen Preisen	108
13: Erwerbstätige in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei ..	110
14: Arbeitseinkommen in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	112
15: Der Output der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, als Bruttoproduktionswert zu jeweiligen Marktpreisen	114

16: Die Struktur der Abnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Prozent des Bruttoproduktionswertes der Landwirtschaft	115
17: Der Output der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, als Bruttoproduktionswert zu Faktorkosten	116
18: Abschreibungen im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in jeweiligen Preisen	118
19: Der Einsatz von Vorleistungen im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in jeweiligen Preisen	120
20: Der gesamte Kapitaleinsatz im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen	121
21: Erwerbstätige im Groß- und Einzelhandel und in der Handelsvermittlung und Anteil der Erwerbstätigen im Handel mit inländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Stichtagsergebnisse)	123
22: Erwerbstätige im Handel insgesamt und im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Jahresdurchschnittswerte)	125
23: Der Arbeitseinsatz im Handel, gemessen im Arbeitseinkommen der Erwerbstätigen dieses Bereiches	127
24: Der Output des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, gemessen im Bruttoproduktionswert zu laufenden Marktpreisen	129
25: Wert und Zusammensetzung des Kapitaleinsatzes im produzierenden Ernährungsgewerbe in jeweiligen Preisen	131
26: Sektorale Aufteilung des Einsatzes von Vorleistungen des produzierenden Ernährungsgewerbes	132
27: Erwerbstätige im produzierenden Ernährungsgewerbe	135
28: Arbeitseinkommen im produzierenden Ernährungsgewerbe	137
29: Der Output des produzierenden Ernährungsgewerbes als Bruttoproduktionswert zu jeweiligen Marktpreisen	139
30: Verkaufserlöse der Landwirtschaft in jeweiligen Preisen in der Bundesrepublik Deutschland	151
31: Die Anzahl milchwirtschaftlicher Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland 1955 - 1970	153
32: Milchwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen	154
33: Absatzwege der Erzeuger für Schlachtschweine (Lebend- und Schlachtgewicht)	161
34: Die Verwendung der inländischen Kartoffelerzeugung 1971/72	187
35: Der Umfang der Zusammenarbeit landwirtschaftlicher Erzeuger bei ausgewählten landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der Bundesrepublik Deutschland (1972/73) in v. H. des jeweiligen Absatzes durch die Landwirte	193

36: Berechnung des Umsatzes des Großhandels mit inländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen	242
37: Berechnung des Umsatzes des Einzelhandels mit inländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen	243
38: Verkaufserlöse der Landwirtschaft in jeweiligen Preisen in der Bundesrepublik Deutschland — Nachtrag für die Wirtschaftsjahre 1972/73 bis 1974/75	246
39: Anzahl der Erzeugergemeinschaften nach Warenbereichen in der Bundesrepublik Deutschland. Stand 15. Dezember 1975	247
40: Absatzwege der Erzeuger für Schlachtschweine (Lebend- und Schlachtgewicht) — Nachtrag für die Wirtschaftsjahre 1971/72 bis 1974/75	248

1. Kapitel:

Einführung

1. Die Problemstellung der Arbeit

Mit der wirtschaftspolitischen Grundentscheidung für eine Soziale Marktwirtschaft hat man in der Bundesrepublik Deutschland eine Wirtschaftsordnung gewählt, in welcher grundsätzlich der Markt als Koordinierungssystem eine Abstimmung der Wirtschaftspläne der einzelnen Wirtschaftseinheiten übernimmt. Wesentliche Bedeutung für das Funktionieren einer marktwirtschaftlichen Ordnung kommt auf den Märkten dem Wettbewerb zu, der durch staatliche ordnungspolitische Maßnahmen nicht nur zu schaffen, sondern auch vor Einschränkungen durch die Marktteilnehmer zu bewahren ist. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen steht in der Bundesrepublik Deutschland das 1957 erlassene und bisher durch zwei Novellen (1965 und 1973) geänderte Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen¹.

Als wettbewerbspolitisches Leitbild, das inzwischen im Wandel der wissenschaftlichen Erkenntnisse einer Änderung unterlegen hat², wurde bei der Verabschiedung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ein vollkommener Wettbewerb genannt. Diese Marktform sollte auf allen Märkten, sofern das im Einzelfall überhaupt möglich ist, angestrebt werden³. Trotzdem war das 1957 verabschiedete Gesetz gegen

¹ Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung vom 4. April 1974, BGBl Teil I, Jg. 1974, S. 870 - 898.

² Vgl. Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1965 sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet, Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode (1965), Drucksache 530, Bd. 104, Bonn 1966, S. 8; Schmidt, Ingo: Neuere Entwicklungen in der Wettbewerbstheorie unter Berücksichtigung wachstumspolitischer Zielsetzungen. In: WuW, Jg. 16 (1966), S. 699 - 731, hier S. 699 - 701; Günther, Eberhard: Brauchen wir eine neue Wettbewerbspolitik? In: WuW, Jg. 17 (1967), S. 91 - 100, hier S. 91 - 92; Kartte, Wolfgang: Ein neues Leitbild für die Wettbewerbspolitik. In: FIW Schriftenreihe Heft 49, Köln, Berlin, Bonn, München 1969, S. 38 - 42; Plafmann, Jochen: Wettbewerbspolitisches Leitbild, Freiheitsschutz und Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. In: WuW, Jg. 20 (1970), S. 779 - 787, hier S. 779 - 782.

³ Vgl. Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaftspolitik (21. Ausschluß) über den Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. In: Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode (1953), Drucksache 3644, Bd. 53, Bonn

Wettbewerbsbeschränkungen von zahlreichen Ausnahmen durchbrochen, und es wurde in der Literatur ein Ungleichgewicht des Schutzes des Wettbewerbs zwischen dem generellen Kartellverbot mit den ins einzelne gehenden Ausnahmevorschriften einerseits und den unzureichenden Vorschriften gegen das Entstehen wirtschaftlicher Macht durch Fusionen aller Art sowie gegen eine Beschränkung des Wettbewerbs durch markt-mächtige Unternehmungen andererseits bemängelt⁴. Obwohl Gegenstand des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nur der Wettbewerb im Verkehr mit Waren und gewerblichen Leistungen ist und somit wichtige Märkte der gesamten Volkswirtschaft wie der Arbeits- und der Wohnungsmarkt nicht erfaßt sind, enthält das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen daneben noch Vorschriften, die wesentliche Bestimmungen für weitere Teile des eigentlichen Geltungsbereiches für nicht oder nur bedingt anwendbar erklären. Diese Vorschriften sind im Fünften Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in den Paragraphen 98 bis 105 enthalten und werden, da sie sich auf ganze Bereiche der Volkswirtschaft beziehen, allgemein als Bereichsausnahmen **bezeichnet**.

Neben der Verkehrswirtschaft, den Versicherungen, den Versorgungsunternehmen und der Kreditwirtschaft ist es die Land- und Forstwirtschaft, für die der Zwang zum Wettbewerb von vornherein eingeschränkt wurde. Zum Teil wurden die Funktionen des Wettbewerbs in diesen Sektoren auf staatliche Marktordnungen verlagert oder durch privatwirtschaftliche Abstimmungen ersetzt. Diese Ausnahmeregelungen für ganze Bereiche der Volkswirtschaft wurden zwar von Anfang an häufig kritisiert, indem man ihre Berechtigung und Vorteilhaftigkeit anzweifelte⁵, sie haben aber die bisher erfolgten Novellierungen des Ge-

1957, hier I. Generalbericht des Abgeordneten Dr. Hellwig, S. 8: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode (1953), Stenographische Berichte, Band 38, 222. Sitzung am 3. 7. 1957, S. 13128 - 13175, Bonn 1957.

⁴ Vgl. Gutowski, Armin: Die Marktwirtschaft — eine Wirtschaftsordnung mit Zukunft? In: 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Konzeption und Wirklichkeit, Hrsg.: Cassel, D(ieter), Gutmann, G(ernot) und Thieme, J(örg), Stuttgart 1972, S. 393 - 404, hier S. 399; Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium vom 23. Juni 1962. In: Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, 6. Bd., Gutachten vom April 1961 bis März 1966, hrsg. vom Bundeswirtschaftsministerium, Göttingen 1966, S. 15 - 40, hier S. 30 - 36; Gemeinschaftsbeitrag: Zur Reform des Rechts der Wettbewerbsbeschränkungen. In: Wettbewerb als Aufgabe. Nach zehn Jahren Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Hrsg. Mestmäcker, Ernst-Joachim, In: Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik, Bd. 7, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1968, S. 13; Günther, Eberhard: Zehn Jahre Bundeskartellamt: Rückblick und Ausblick. In: Zehn Jahre Bundeskartellamt, Köln, Berlin, Bonn, München 1968, S. 11 - 37, hier S. 24 - 32.

⁵ Es ist an dieser Stelle nicht möglich, alle Arbeiten aufzuführen, in denen zu den Bereichsausnahmen im GWB Stellung genommen wurde. Genannt seien hier nur die folgenden Veröffentlichungen, aus denen unschwer weitere Literaturangaben zu diesem Thema entnommen werden können:

setzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im wesentlichen unverändert überstanden. Ein erneuter Impuls zu einer Änderung kann eventuell von der bei der zweiten Novelle zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen beschlossenen Untersuchung der Ausnahmereiche ausgehen, die 1974 durch die Bundesregierung vorgelegt werden soll⁶.

Da die verschiedenen in den Bereichsausnahmen begünstigten Sektoren für eine gemeinsame Untersuchung vor allem in der rechtlichen Regelung und in der Struktur der Bereiche zu differenziert sind, soll sich diese Arbeit nur mit einem Teil der Ausnahmenvorschriften des GWB,

Paulick, Heinz: Der Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Jg. 3 (1953), S. 30 - 40; Hoepfner, Gerhard: Die ‚grüne‘ Marktstärke, ländliche Genossenschaften, Kartellprobleme und Verbrauchersorgen. In: Der Volkswirt, Jg. 9 (1955), Nr. 27, S. 13 - 17; Westermann, Harry: Landwirtschaft und Kartellgesetz. Gutachtliche Stellungnahme zu § 75 des Regierungsentwurfs eines GWB, o. O. 1955; Ohm, Hans: Die volkswirtschaftliche Problematik des Kartellgesetz-Entwurfs. In: Genossenschaften und Kartellgesetz-Entwurf, Gutachten, erstellt vom Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, o. O., o. J. (1953), S. 19 - 66; zu dem Aspekt der gegengewichtigen Marktmacht von Galbraith, der z. T. in den oben genannten Gutachten verwendet wurde, nimmt speziell auf die Bereichsausnahme für die Landwirtschaft S. L. Gabriel in dem Aufsatz Machtausgleich durch genossenschaftliche Abwehrkartelle? In: WuW, Jg. 4 (1954), S. 599 - 605 Stellung. Vgl. hierzu auch u. a. die Erwiderung von Ohm, Hans: Landwirtschaft, Landhandel und Kartellgesetz. In: WuW, Jg. 4 (1954), S. 790 - 796. U. a. die Industrie und der nicht genossenschaftliche Landhandel fühlten sich durch die Bereichsausnahme diskriminiert, und es wurde in verschiedenen Arbeiten das Problem behandelt, ob eine Sonderstellung im GWB überhaupt verfassungsmäßig zulässig sei. Vgl. hierzu z. B. Hamann, Andreas: Die Behandlung landwirtschaftlicher Genossenschaften im Kartellgesetzentwurf und der Gleichheitsgrundsatz. In: WuW, Jg. 1/2 (1951), S. 883 - 889; Dobroschke, Eduard: Zur Verfassungsmäßigkeit des § 100 Abs. 1 und Abs. 4 GWB (Artikel 3 Abs. 1 GG). In: WuW, Jg. 17 (1967), S. 713 - 726. Auch in neueren Veröffentlichungen wird häufig auf die Notwendigkeit der Überprüfung der Bereichsausnahmen hingewiesen. So z. B. Günther, Eberhard: Zehn Jahre Bundeskartellamt. Rückblick und Ausblick, S. 29 - 32; Gemeinschaftsbeitrag: Zur Reform des Rechts der Wettbewerbsbeschränkungen, S. 25 - 26; Scheib, Hans H.: Branchenbesonderheiten — Falsche und richtige wirtschaftspolitische Argumente. Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, Bd. 22, Hrsg. Diederich, Helmut, Hamm, Walter und Welter, Erich, Heidelberg 1967; Schmidt, Ingo: Reform des GWB — Aufgabe des nächsten Bundestages. In: Wirtschaftsdienst — Wirtschaftspolitische Monatsschrift, hrsg. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, 49. Jg. (1969), S. 450 - 456; Griesbach, Bernhard: Die Wettbewerbspolitik im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik. In: 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 39 - 59, hier S. 45 - 50.

⁶ Vgl. Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP zur dritten Beratung des von den Fraktionen der SPD, FDP eingebrachten Entwurfs eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode (1972), Drucksache 779, Bd. 177, Bonn 1973. Diesem Antrag wurde am 14. Juni 1973 in der 42. Sitzung des Deutschen Bundestages zugestimmt. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode (1972), Stenographische Berichte der 42. Sitzung am 14. Juni 1973, Bd. 83, Bonn 1973, S. 2395 - 2396.